

5.2 ↙ Herausforderungen gesellschaftlichen Zusammenlebens

Der Blick auf die grundlegenden Trends und Daten hat gezeigt, dass aktuelle Krisen und ihre Bearbeitung politische Konfliktlinien verstärken und das gesellschaftliche Zusammenleben vor Herausforderungen stellen können. Art, Ausmaß und Auswirkungen politischer Polarisierungen in westlichen Demokratien fallen aber sehr unterschiedlich aus. Um diese Herausforderungen besser zu verstehen, behandeln wir im folgenden Abschnitt zunächst zwei in letzter Zeit besonders prominent diskutierte Antriebskräfte politischer Polarisierung: gesellschaftliche Proteste und darauf folgende politische Reaktionen sowie Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen. Abschließend erörtern wir mögliche Handlungsoptionen im Umgang mit Polarisierung. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere Deutschland und die EU.

GESELLSCHAFTLICHE PROTESTE UND POLITISCHE REAKTIONEN

Politische Dynamiken in der Auseinandersetzung mit aktuellen Krisen und ihren Folgen haben auch im Jahr 2022 das Protestgeschehen in Deutschland geprägt. Den Datenerhebungen des Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED) zufolge waren in Deutschland 2022 mit insgesamt 4.753 Protesten 561 mehr Demonstrationseignisse zu verzeichnen als im Jahr 2021. Allerdings lag die Zahl gewaltsamer Ausschreitungen mit 133 im Jahr 2022 gegenüber 219 im Vorjahr deutlich niedriger. Sowohl bei den friedlichen Protesten als auch bei den gewaltsamen Ausschreitungen lagen die Höhepunkte jeweils im Dezember 2021 und Januar 2022. Viele Demonstrationseignisse bezogen sich auf Maßnahmen der Pandemiebekämpfung oder waren Gegenproteste. Bei beiden Ereignistypen waren im Verlauf des Jahres 2022 zunächst deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Im September und Oktober 2022 stieg die Zahl der friedlichen Proteste erneut an, bevor sie im November und Dezember wieder sank. Bei der Anzahl der gewaltsamen Ausschreitungen war im Oktober und Dezember 2022 jeweils ein leichter Anstieg im unteren zweistelligen Bereich zu verzeichnen → **26** /131.

Im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten nahm Deutschland 2022 bei den Protesten einen vorderen Rang ein. Nur in Frankreich lag die Zahl mit 6.349 Protesten höher. In Italien kam es zu 4.596, in Spanien zu 3.814 Protesten, in allen anderen EU-Staaten lagen die Zahlen deutlich niedriger. Bei gewaltsamen Ausschreitungen lag Deutschland ebenfalls im vorderen Feld, nur in Frankreich (255) und Griechenland (151) fanden mehr solcher Ereignisse statt. In Italien waren es 96, in Polen 81 und in Spanien 79.³

In Deutschland lassen sich Gewalthandlungen in Verbindung mit Demonstrationen anhand von Zahlen des Bundeskriminalamts (BKA) zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) weiter aufschlüsseln. Für das Jahr 2021 zeigen diese Zahlen, dass von den insgesamt 55.048 politisch motivierten Straftaten 3.796 in Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen im Kontext der Covid-19-Pandemie stattfanden. Dies bedeutete einen Anstieg gegenüber 2020 um 169 %. Die Zahl der Gewaltdelikte im

Die überwiegende Zahl der Demonstrationseignisse in Deutschland ist keinem der bekannten Phänomenbereiche zuzuordnen

Zusammenhang mit Covid-Demonstrationen belief sich auf 862, davon waren 532 Widerstandsdelikte. Besonders auffällig war, dass der überwiegende Teil der Ereignisse keinem der bekannten politischen Phänomenbereiche (PMK – links, PMK – rechts, PMK – ausländische Ideologie oder PMK – religiöse Ideologie) zugeordnet werden konnte. Das BKA sprach in diesem Zusammenhang mit Blick auf die Motive der Beteiligten von einer uneinheitlichen „Mischszene“, bei der neben einer allgemeinen Kritik an den Covid-Maßnahmen der Regierung in Teilen „eine staatskritische bis staatsfeindliche Haltung“ vorgelegen habe (→ Bundesministerium des Innern und für Heimat/ Bundeskriminalamt 2022: 4, 14).

Der Beginn des Jahres 2022 war von zahlreichen Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie geprägt. Diese knüpften insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern an die dezentralen Montagsproteste der zweiten Jahreshälfte 2021 an, bei denen die rechtsextremen „Freien Sachsen“ und ihre Ableger in anderen östlichen Bundesländern eine tragende Rolle innehatten. Sachsen sowie Thüringen bildeten den Schwerpunkt dieses Protestgeschehens mit einem wöchentlichen Zulauf von teils mehreren 10.000 Teilnehmenden. Die große Mehrzahl dieser „Spaziergänge“ wurde nicht, wie im Versammlungsrecht vorgesehen, behördlich angezeigt. Bestehende Corona-Schutzmaßnahmen, wie eine Begrenzung der Teilnehmendenzahlen von öffentlichen Versammlungen und Ortsauflagen („Demonstrationsverbot“), wurden vielerorts unterlaufen und führten teilweise zu gewalttätigen Konfrontationen mit Polizeikräften.

26 Demonstrationsgeschehen in Deutschland (2021 und 2022)

Quelle → 5 / 141

	Proteste		Gewaltsame Ausschreitungen	
	2021	2022	2021	2022
Januar	228	1.487	7	51
Februar	328	708	5	24
März	466	560	26	2
April	426	191	25	3
Mai	541	198	35	6
Juni	365	162	10	4
Juli	259	126	16	3
August	238	116	15	6
September	298	345	14	4
Oktober	213	400	14	11
November	224	324	11	3
Dezember	606	136	41	16
Gesamt	4.192	4.753	219	133

Versuchten rechte Gruppen, Reichsbürger:innen und die Querdenken-Szene Anfang 2022 noch mittels Protesten gegen Covid-Schutzmaßnahmen zu mobilisieren, so zeichnete sich im Verlauf des Jahres 2022 ein Themenwechsel ab. Verstärkt wurde nun versucht, die zunehmende Inflation, steigende Energiepreise und den Krieg in der Ukraine zur Mobilisierung zu nutzen – mit deutlicher Parteinahme für Russland. So riefen die rechtsextremen „Freien Sachsen“ zu Kundgebungen mit Titeln wie „Kein Krieg mit Russland!“ auf. Andere rechtsextreme Organisationen wie „Der III. Weg“ veranstalteten die „Demonstration für bezahlbare Energie und Frieden“. Allein im September und Oktober 2022 zählte ACLED insgesamt 395 Protestveranstaltungen in Deutschland zum Thema Inflation und Energie (→ Hossain/Hallock 2022: 37–38).

Die Protestthemen haben sich von Covid zu Inflation, Energiepreisen, Ukrainekrieg und Migration verschoben

Entgegen der Warnungen vor einem „heißen Herbst“ und „Volksaufständen“ blieben die Demonstrationen gegen steigende Energiepreise größtenteils friedlich. Blickt man nicht allein auf die Anzahl, sondern auch auf die Teilnehmer:innenzahlen der Kundgebungen, so wird deutlich, dass die Mobilisierungsversuche von Rechtsextremist:innen und der Querdenken-Szene nur mäßigen und zum Ende des Jahres 2022 zunehmend geringen Erfolg hatten (→ Deutscher Bundestag 2022b: 20). Die Demonstrationen aus diesem Lager haben zudem immer wieder zu Gegenprotesten geführt. Die Proteste gegen Inflation und Energiekosten wurden allerdings nicht allein aus dem rechten gesellschaftlichen Spektrum organisiert. Gewerkschaften und Linke riefen ebenfalls zu Demonstrationen auf, wenn auch mit deutlich geringerer Beteiligung. Zuletzt versuchten Gruppen aus dem rechtsextremen Spektrum, Proteste erneut mithilfe des Themas Migration anzufachen. Deutlich wurde, dass diese Szene bemüht ist, wechselnde Krisenthemen strategisch zu nutzen und ihre Kampagnen flexibel anzupassen.

Schwer einzuschätzen ist die Zahl der Klimaproteste und die in ihrem Rahmen begangenen Rechtsbrüche, die ab dem Herbst 2022 aufgrund der Aktionen der „Letzten Generation“ zu hitzigen politischen Debatten führten.⁴ Diskutiert wurden Verschärfungen des Strafrechts als Reaktion insbesondere auf Blockaden von Straßen und Flughäfen. Verschiedene Politiker:innen und Medienkommentare warnten vor einer Radikalisierung der Protestierenden. Selbst von einer „Klima-RAF“ und „Klimaterroristen“ war die Rede. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und das BKA registrierten Ende 2022 zwar wie in den Vorjahren Versuche einzelner linksextremer Gruppen, die Klimabewegung zu instrumentalisieren und zu unterwandern. Allerdings gab es keine Anzeichen für eine Radikalisierung von Klimaaktivist:innen der „Letzten Generation“ (→ Deutscher Bundestag 2022a: 4). Dessen ungeachtet wurden im Dezember 2022 in mehreren Bundesländern die Wohnungen von Mitgliedern der Gruppe wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung durchsucht. In Bayern wurde die Möglichkeit einer Präventivhaft für Gefährder:innen, wie sie das novellierte Polizeiaufgabengesetz (PAG) vorsieht, erstmalig angewendet. Nach Straßenblockaden im Oktober 2022 wurden 30 Protestierende über eine Woche präventiv in Gewahrsam genommen. Angesichts der hohen Eingriffsschwellen des Gesetzes, das eine „erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit“, die Abwehr „einer Gefahr für ein bedeutendes

Polarisierende Debatten um die „Letzte Generation“

Rechtsgut“ oder eine „Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit“ voraussetzt, war die Reaktion des Freistaates Bayern äußerst umstritten.

Inwiefern die Proteste der letzten Jahre durch die Art und Weise staatlicher Bewältigungsstrategien selbst hervorgerufen worden sind, lässt sich nur schwer beurteilen. Naheliegend ist, dass ein Teil der Proteste, wie im Fall der Covid-19-Maßnahmen, durch ein von größeren Kreisen der Bevölkerung empfundenenes „Zuviel“ und im Fall der Klimaproteste durch ein „Zuwenig“ ausgelöst worden sind. Naheliegend ist jedoch auch ein Zusammenhang zwischen dem weitgehenden Ausbleiben eines „heißen Herbstes“ und den frühzeitigen Maßnahmen der Bundesregierung, um die Folgen der gestiegenen Energiekosten abzufedern. Ein deeskalierender Effekt dieser politischen Maßnahmen ist sehr plausibel. Unter Beteiligung der extremen Rechten ist ein dauerhaft etabliertes, von Themen unabhängiges Protestpotenzial gegen das politische System entstanden. Dieses Potenzial hätte angesichts der unmittelbaren Betroffenheit weiter Teile der Bevölkerung leicht zu mobilisieren sein müssen. Die schnelle politische Reaktion hat das offenbar verhindert.

Die zukünftige Entwicklung des Protestgeschehens in den Bereichen Inflation, Energiepreise und Klima ist offen. Wir gehen davon aus, dass es zu weiteren Themenverschiebungen kommen wird sowie zu veränderten Zusammensetzungen von Teilnehmer:innen, die sich immer weniger in die hergebrachten politischen Phänomenbereiche einordnen lassen. Dies macht den politischen Umgang mit ihnen schwieriger. Die angeführten Beispiele zeigen, dass in gesellschaftlichen Krisensituationen nach verständigungsbereiten Akteur:innen aus den Protestlagern gesucht und Konfrontationen abgemildert werden sollten. Die politisch Verantwortlichen sollten hingegen nicht leichtfertig mit historisch uninformierten Vergleichen wie einer „Klima-RAF“ hantieren, Unworte wie „Klimaterroristen“ kreieren oder auf Proteste vorrangig mit polizeilichen Maßnahmen und Forderungen nach Strafverschärfungen reagieren. Gesetzesübertretungen müssen vom Rechtsstaat geahndet werden; gewaltfreie Proteste, hinter denen keine extremistischen Bestrebungen stehen, sollten aber grundsätzlich als vitaler Anteil demokratischer Aushandlungsprozesse verstanden werden.

In gesellschaftlichen Krisensituationen nach verständigungsbereiten Akteur:innen aus den Protestlagern suchen

VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN UND DESINFORMATIONSKAMPAGNEN

Zeiten der Krise gehen oftmals mit der Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Desinformation einher. Seit Beginn der Covid-19-Pandemie haben Verschwörungsnarrative in Deutschland und anderen westlichen Demokratien an Zulauf und Sichtbarkeit gewonnen. Auch politische Akteur:innen greifen solche Erzählungen auf, um die Unsicherheit und Ungewissheit in der Krise zur Mobilisierung ihrer Anhänger:innen zu nutzen. Dies kann den konstruktiven Streit darüber erschweren, wie Krisen eingeschätzt werden und welche Reaktionen angemessen erscheinen, sowie das Vertrauen in politische Institutionen und Verfahren untergraben.

Verschwörungserzählungen haben seit der Covid-Pandemie an Sichtbarkeit und Zulauf gewonnen

Verschwörungserzählungen behaupten in der Regel, dass mächtige Einzelpersonen oder Teile der ökonomischen und politischen Eliten wichtige Ereignisse im Geheimen steuern und sie zum eigenen Vorteil sowie zum Nachteil der Allgemeinheit agieren. Das macht diese Erzählungen anschlussfähig an (rechts-)populistische Strategien und antisemitische Narrative. Verschwörungsideologischen Weltbildern zufolge gilt, dass nichts ist, wie es scheint, nichts zufällig geschieht und alles miteinander verbunden ist (→ Butter 2021: 4). Zwar sind nicht alle Verschwörungserzählungen politisch aufgeladen, sie können jedoch als „Radikalisierungsbeschleuniger“ wirken und das Verbindungsstück zwischen demokratisch verankertem Protestgeschehen und extremistischen Kräften bilden.

Im Jahr 2022, wie bereits in den Jahren zuvor, kursierten auch in Deutschland Narrative mit Bezügen zu den Verschwörungsmotiven der QAnon-Bewegung. Damit verknüpft war die Vorstellung, dass es einen oder mehrere „Deep States“ gibt – also geheime, illegitime Machtstrukturen innerhalb von Staaten. Diese Ideen wurden verbunden mit Erzählungen zu den Hintergründen und vermeintlichen Nutznießer:innen der Covid-19-Pandemie. Die Verbreitung der QAnon-Bewegung in Deutschland lässt sich nur schwer einschätzen, da es keine zusammenhängende Anhänger:innenschaft gibt und QAnon-Erzählungen eher ein Element in etablierten Verschwörungsnarrativen bilden. So wurden diese Erzählungen von der Querdenken-Szene, Impfskeptiker:innen, rechten Esoteriker:innen und der Anti-US-, Anti-NATO- und Anti-EU-Szene adaptiert und in den eigenen Kosmos integriert. Daran zeigt sich, dass Verschwörungsnarrative zwar oft an nationale Entwicklungen und Krisenerscheinungen anknüpfen, dabei jedoch auf weltweit kursierende – und meist altbekannte – Ideologieelemente zurückgreifen.

Mit dem Abflachen der Pandemie konnten Bewegungen wie Querdenken im Jahr 2022 nicht mehr an ihre Mobilisierungserfolge der Vorjahre anschließen. Sie scheiterten – wie auch einige rechtsextreme Gruppen – mit dem Versuch, die zuvor wirkmächtige Kritik an der Pandemiepolitik in eine Kritik an den gestiegenen Energiepreisen zu überführen. Allerdings hat sich die Verschwörungsszene strukturell verfestigt, radikalisiert und mit dem rechtsradikalen und rechtsextremen Spektrum weiter vernetzt.

Die öffentliche Aufmerksamkeit zogen zuletzt vor allem Gruppen aus der Szene der Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen auf sich. Letztere nehmen für sich in Anspruch, aus der Bundesrepublik durch die Abgabe einer Erklärung austreten zu können. Ihre Ideologien sind heterogen und von Verschwörungsdenken geprägt. Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen eint die Überzeugung, dass die Bundesrepublik Deutschland kein legitimer, souveräner Staat ist, sondern von fremden Mächten beherrscht wird. Die Auffassungen überschneiden sich in vielerlei Hinsicht mit denen der verschwörungsideologischen, rechtseoterischen und rechtsextremen Szene. Sie teilen die generelle Ablehnung der staatlichen Institutionen. In Deutschland gibt es derzeit 23.000 Personen, die den Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen zuzuordnen sind, knapp zehn Prozent werden vom Verfassungsschutz als gewaltorientiert und fünf Prozent als rechtsextrem eingestuft (→ Bundesamt für Verfassungsschutz 2022).

Die Ideologien der Reichsbürger:innen- und Selbstverwalter:innen sind heterogen und von Verschwörungsdenken geprägt

Wie gefährlich Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen sind, zeigte sich im Dezember 2022 exemplarisch bei der Festnahme von 25 Mitgliedern einer mutmaßlichen terroristischen Vereinigung aus dieser Szene, die bis in die bundespolitische Ebene und hohe militärische Ränge vernetzt war. Die betreffenden Personen waren zuerst im Kontext der Proteste gegen staatliche Covid-19-Maßnahmen in Erscheinung getreten, hatten sich an Demonstrationen beteiligt und unterhielten Kontakte zur Querdenken-Bewegung.

Die Mitglieder der Gruppe verfolgten laut der Generalbundesanwaltschaft das Ziel, „die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland zu überwinden und durch eine eigene, bereits in Grundzügen ausgearbeitete Staatsform zu ersetzen“. Sie hätten dabei die „gewaltsame Beseitigung“ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik durch den „Einsatz militärischer Mittel und Gewalt“ beabsichtigt (→ Generalbundesanwalt 2022). Die aufgedeckten Verbindungen der Umstürzler:innen in Sicherheitsbehörden und in die Justiz lösten Debatten über die Entfernung von Reichsbürger:innen aus dem öffentlichen Dienst aus. Darüber hinaus entfachte ihr legaler Besitz von Waffen Diskussionen über die Verschärfung der Waffengesetze. Auch wenn die Erfolgsaussichten eines politischen Umsturzes sehr gering waren, so waren die Beteiligten doch hoch motiviert und hätten selbst im Fall ihres Scheiterns erheblichen Schaden hervorrufen können. Bereits im April und Oktober 2022 waren Personen aus dem reichsideologischen Umfeld festgenommen worden. Die Bundesanwaltschaft wirft diesen Personen vor, bürgerkriegsähnliche Zustände, großflächige Stromausfälle und die Entführung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach geplant zu haben. Sie hätten beabsichtigt, das derzeitige Regierungssystem zu stürzen, die Demokratie abzuschaffen und eine Regierungsform nach Vorbild des Deutschen Kaiserreichs zu errichten.

Die Bezüge der Reichsbürger:innen und Selbstverwalter:innen zu Narrativen der QAnon-Bewegung zeigen, dass diese Szene global verbreitete verschwörungsideologische Versatzstücke aufnimmt. Gleichzeitig bringen strategische politische Akteur:innen Verschwörungserzählungen aus politischem Kalkül in Umlauf oder sind selbst ihre Urheber:innen. Insbesondere rechtspopulistische Politiker:innen fügen ihrem rhetorischen Repertoire immer häufiger Elemente aus Verschwörungserzählungen hinzu. Donald Trump, Matteo Salvini, Jair Bolsonaro, Viktor Orbán, aber auch Politiker:innen der AfD haben Verschwörungsnarrative in ihrem Wahlkampf genutzt. So streute Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, Verschwörungserzählungen darüber, dass die Corona-Schutzimpfung unfruchtbar mache, später verglich er eine Impfpflicht sogar mit dem Holocaust. Dabei sind die Übergänge von Desinformationskampagnen, populistischer Rhetorik und Verschwörungserzählungen teilweise fließend.

Auch strategische politische Akteur:innen treiben die Verbreitung von Verschwörungserzählungen aus politischem Kalkül voran

Auch Regierungen setzen Verschwörungserzählungen häufig als Teil außenpolitischer Desinformationskampagnen ein und streuen diese über alternative Medienplattformen beziehungsweise soziale Medien breit in andere Staaten. Insbesondere Russland verbreitet spätestens seit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Frühjahr 2014 Verschwörungsnarrative, um Differenzen in anderen Ländern sowie zwischen Bündnispartnern zu schüren, Polarisierungen zu verstärken und politische Agenden zu beeinflussen. Studien belegen, dass spätestens seit Putins dritter Amtszeit (2012–2018) die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Desinformation ein zunehmend wichtiges Element der außenpolitischen Strategie Russlands ist → 3 /96–100.

Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen stellen dann eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie dar, wenn sie die Kommunikation im privaten und politischen Raum beeinträchtigen und dazu führen, dass Bürger:innen sich aus der politischen Teilhabe zurückziehen. Letzteres trägt aktuell vermehrt dazu bei, dass antidemokratische Alternativstrukturen entstehen. Es besteht zudem die Gefahr, dass Verschwörungserzählungen die Bereitschaft ihrer Anhänger:innen erhöhen, Gewalt einzusetzen, um das demokratische System zu verändern oder gar zu zerstören.

Um die antidemokratische Wirkkraft von Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen zu schwächen und die Resilienz der Gesellschaft diesen Einflüssen gegenüber zu stärken, sollten innovative, proaktive und bewährte präventive Maßnahmen weiter gefördert werden. Dazu zählen Beratungsstellen für Betroffene ebenso wie breit angelegte politische Bildung und Formate wie Online-Streetwork. Neben der Förderung von Medienkompetenz und Zivilcourage ist die emotionale Unterstützung von (potenziell) Betroffenen notwendig. Entsprechende Projekte in der Zivilgesellschaft gilt es weiter zu unterstützen und auszubauen. Um langfristige Strategien gegen Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen entwickeln zu können, müssen die gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen, die die Hinwendung zu ihnen begünstigen, besser verstanden werden. Forschung in diesem Feld sollte die Wissensbedarfe und -bestände der Fachpraxis mit aufgreifen.

POLITISCHE STRATEGIEN IM UMGANG MIT POLARISIERUNG

Neben der Suche nach Antworten auf spezifische Phänomene wie Proteste, Verschwörungserzählungen oder Desinformationskampagnen stellt sich die Frage, wie demokratische Gesellschaften grundsätzlich auf politische Polarisierung in Zeiten multipler Krisen reagieren sollten. Vor allem sollte aufgezeigt werden, wie die Effekte „schädlicher Polarisierung“ begrenzt werden können, ohne den legitimen und notwendigen Streit über zentrale Zukunftsherausforderungen zu unterminieren. Die Forschung bietet dazu erste Anhaltspunkte und Orientierungshilfen.

Erstens sollte eine zugespitzte Polarisierung nicht durch eine ebenso offensive Gegenpolarisierung beantwortet und damit weiter verstärkt werden. Akteur:innen aus Politik und Medien reproduzieren und befördern oftmals vereinfachende Gegenüberstellungen oder ausschließende Rhetorik und unterschlagen dabei die Komplexität von Konflikten. Auf stereotype Beschreibungen politischer Gruppen und Positionen sollte ebenso verzichtet werden wie auf aggressive Sprachbilder wie sie etwa in aktuellen Debatten über Proteste gegen den Klimawandel oder die Beurteilung des Krieges in der Ukraine immer wieder genutzt werden. Mit demokratisch gesinnten Aktivist:innen und Protestierenden sollte der kritische Dialog gesucht werden, um Feindbilder abzubauen und Blockaden zu durchbrechen (→ V-Dem 2020). Gleichzeitig dürfen Konflikte und Meinungsunterschiede nicht ausgeblendet werden.

Zweitens verweist die Forschung auf die Bedeutung demokratischer Institutionen und Verfahren sowie Reformoptionen. Polarisierung entsteht unter anderem durch das Gefühl der Bürger:innen, dass sie die Politik kaum beeinflussen können und die eigenen Positionen nur unzureichend repräsentiert werden. Diese Wahrnehmung ist nicht immer in allen Punkten zutreffend und wird teilweise von populistischen Akteur:innen bewusst geschürt. Es ist aber wichtig anzuerkennen, dass auch funktionierende Demokratien Defizite aufweisen können, die aktiv anzugehen sind. Neben zunehmender sozialer Ungleichheit zählen dazu auch die ungleichgewichtige Vertretung und Berücksichtigung der Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen oder Mängel bei der demokratischen Kontrolle (→ McCoy/Somer 2021: 12–15). So wurde die Rolle der Parlamente im Umgang mit Krisen wie der Corona-Pandemie oder Terroranschlägen in vielen Fällen eingeschränkt, oder Parlamente haben zugunsten der Exekutive selbst darauf verzichtet, sich an Entscheidungen zu beteiligen (→ Albrecht et al. 2021). Die effektive Kontrolle der Regierung und eine aktive Opposition, die politische Alternativen formuliert, ohne gesellschaftliche Gruppen bewusst gegeneinander auszuspielen, sind ein wichtiger Schutz vor extremer Polarisierung und Entdemokratisierung.

Neue und innovative demokratische Formate können die etablierten Institutionen sinnvoll ergänzen. Klimaaktivist:innen von „Extinction Rebellion“ oder von „Letzte Generation“ haben immer wieder die Einsetzung von „Bürger:innenräten“ gefordert, die aus einer Auswahl zufällig ausgeloster Bürger:innen bestehen und Vorschläge zu wichtigen politischen Themen erarbeiten sollen. Als Vorbild dient dabei die irische Citizens' Assembly, die sich unter anderem mit dem Klimawandel befasst hat und in der viele Maßnahmen zur Klimapolitik auf große Zustimmung gestoßen sind. Solche Formate können helfen, Stereotype abzubauen und Zustimmung für schwierige und folgenreiche Maßnahmen zu gewinnen. Wichtig ist aber, die Auswahl der Räte und der im Prozess angehörten Expert:innen transparent und ausgewogen zu gestalten und die Unterschiede zu anderen politischen Verfahren der Entscheidungsfindung genau zu klären (→ Devaney et al. 2020). Dies ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit, politische Mehrheiten für kontroverse Maßnahmen zu organisieren und dafür zu sorgen, dass die Autorität klassischer repräsentativer demokratischer Institutionen nicht untergraben wird.

Bürger:innenräte können eine sinnvolle Ergänzung repräsentativer Institutionen und Verfahren sein

Drittens kann einer extremen Polarisierung durch die Arbeit an zukunftsfähigen Lösungen für die Krisen der Gegenwart entgegenwirken werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf den Klimawandel. Wenn ökologische Belastungsgrenzen fundamental überschritten werden, dann stellt gerade dies langfristig die größte Gefahr für demokratische Politik und das gesellschaftliche Zusammenleben dar, etwa indem politisch Handelnden kaum noch Spielraum für politische Abwägungen bleibt (→ Sachverständigenrat für Umweltfragen 2019). Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten unterschiedliche Arten und Grade der Betroffenheit und soziale Kosten angemessen reflektieren und in demokratischen Prozessen erläutert und diskutiert werden. Notwendige Entscheidungen und Wandlungsprozesse dürfen gleichzeitig nicht mit Verweis auf die mögliche Gefahr politischer Polarisierung verdrängt oder auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Gesellschaften müssen dabei im Sinne einer gesellschaftlichen Resilienz, die vor allem marginalisierte und besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, auch zum Umgang mit zukünftigen Krisen befähigt werden → 2.

Polarisierung darf nicht als Ausrede dienen, um notwendigen Wandlungsprozessen und Konflikten aus dem Weg zu gehen

Die europäische Politik hat bereits gezeigt, dass sie durchaus über Spielräume verfügt, um grenzüberschreitende, sich gegenseitig verstärkende Krisen effektiv zu bearbeiten. Der mehr als 750 Mrd. € fassende europäische Wiederaufbaufond Next Generation EU, der vor allem auf die Folgen der Covid-19-Pandemie zielt, belegt dies. Zudem einigten sich die Mitgliedsstaaten der EU nach langen Auseinandersetzungen darauf, Maßnahmen gegen die aktuelle Energiekrise mit Hilfe des gemeinsamen Gaseinkaufs sowie der Gaspreisdeckelung solidarisch zu bewältigen. Die Kontroversen über den Umgang mit steigenden Energiepreisen lässt aber erahnen, welche Herausforderungen im Rahmen der grünen und gerechten Transition auf die Solidaritätsbeziehungen zwischen und in den europäischen Staaten noch zukommen werden. In der Migrationspolitik haben sich die Mitgliedsstaaten der EU ebenfalls einstimmig darauf verständigt, ukrainischen Kriegsflüchtlingen vorübergehenden Schutz zu gewähren. Allerdings scheitert die europäische Politik seit Jahren daran, eine nachhaltige und humane Lösung für den Umgang mit Geflüchteten aus anderen Weltregionen zu finden. Neben dem unmittelbaren Krisenmanagement darf die Suche nach langfristigen Ansätzen zur Bearbeitung der Ursachen aktueller Krisen daher nicht untergehen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In den meisten westlichen Demokratien zerfallen Gesellschaften als Ganzes bisher nicht in feindlich gesinnte politische Lager. Demokratische Institutionen beweisen in vielen Fällen ihre Resilienz. Die Polarisierung nimmt jedoch erkennbar zu und erschwert in ihren extremeren Formen den konstruktiven Streit, der gerade in Krisenzeiten notwendig ist.

Es gibt kein Patentrezept für ein gelungenes demokratisches Zusammenleben. Eine aggressive Gegenpolarisierung ist aber in aller Regel kontraproduktiv; eher verstärkt sie